Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1619
08. 01. 88

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Januar 1988
am Donnerstag, dem 14. Januar 1988

Verzeichnis der Fragesteller

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, um neuerliche Wettbewerbsverzerrungen durch die französische Regierung zu verhindern, die bei Verfütterung von Vollmilch an Kälber pro Kalb einen Zuschuß von 147,90 DM gewährt?

2. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Auf welche Weise wird der französische „Stabiporc-Hilfsfonds" finanziert, aus dem die angeschlossenen Schweineerzeuger einen höheren Zuschuß bekommen, als in der Bundesrepublik Deutschland die Rendite in der Schweinemast zur Zeit beträgt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

3. Abgeordnete **Frau Dr. Dobberthien** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach wie vor Vermittlungsagenturen ausländische, insbesondere asiatische, Mädchen und Frauen zum „Kauf" für deutsche Männer anbieten, so daß Menschenhandel unter Ausnutzung der sozialen Situation der betroffenen Frauen stattfindet?

4. Abgeordnete **Frau Dr. Dobberthien** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Werbung solcher Agenturen zu verbieten und grundsätzlich die Möglichkeit des „Kaufs" von Frauen zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

5. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Wie teuer ist die von der Bundesregierung in der Weihnachtszeit gestartete Anzeigenaktion „In diesem Ziel sind sich alle Deutschen einig: Frieden schaffen" und „Was wir gemeinsam wollen: Zukunft gestalten"?

6. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Welche Gründe hatte die Bundesregierung, das derzeitige Hauptproblem unserer Gesellschaft, die Massenarbeitslosigkeit, nicht entsprechend zu erwähnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

7. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine friedliche Entwicklung in Angola dadurch zu unterstützen, daß sie auf dem Rückzug aller ausländischer Truppen und einer Wiederbelebung des Alvor-Abkommens besteht, soweit es Verhandlungen zwischen der MPLA und der Unita betrifft?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

8. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung nach Verabschiedung des US-Haushalts die Chancen, den beabsichtigten Abbau von Arbeitsplätzen für deutsche Zivilbeschäftigte bei den US-Streikräften zu verhindern und statt dessen zum Beispiel Überstunden und Nachtarbeit abzubauen?

9. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Welche der bei der Haushaltsverabschiedung im Dezember 1987 zugrunde gelegten Wirtschaftsdaten gelten nach den neuesten Erkenntnissen der Bundesregierung jetzt, also rund vier Wochen später, nicht mehr, und wie haben sie sich verändert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

10. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die EG-Kommission die Richtlinie 77/62 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge dahin ergänzen will, daß regionale Präferenzen und somit die Zonenrandrichtlinien des Bundes und der Länder über das öffentliche Auftragswesen entfallen sollen?

11. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird sich die Bundesregierung mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die Zonenrandrichtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge beibehalten werden, damit den Zonenrandfirmen die Präferenz, auf die sie dringend angewiesen sind, erhalten bleibt?

12. Abgeordneter **Dr. Lippelt (Hannover)** (DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten des Bundesministers für Wirtschaft, der in Ägypten Staats- und Familieninteressen auf eine Weise verquickte, daß der Eindruck entstehen müßte, er lasse sich die Unterschrift unter ein Umschuldungsabkommen mit Ägypten durch Freistellung von den Kosten für die Mitnahme seiner Familie zu einer Bildungsreise im Land der Pharaonen honorieren (vgl. SPIEGEL, Nr. 1, 1988, S. 16)?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

13. Abgeordneter **Börnsen (Ritterhude)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, bei baulichen Schäden auf Grund von Tiefflügen von militärischen Luftfahrzeugen einen angemessenen Schadensersatz zu leisten, und wie beurteilt die Bundesregierung die Realisierbarkeit von objektiv berechtigten Ansprüchen, z. B. angesichts der Unmöglichkeit, für den Zeitpunkt eines Überschallfluges und der dabei eintretenden Schäden, Zeugen benennen zu können?

14. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist es zutreffend, daß das Bundesministerium der Verteidigung im Mai 1987 der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kiel mitgeteilt hat, daß die Überprüfung des Verkaufs von U-Boot-Konstruktionsunterlagen durch zwei Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland an Südafrika keine Anhaltspunkte dafür ergeben hätte, „daß geheimgeschützte Unterlagen betroffen seien", wie es in einer Pressemeldung der Staatsanwaltschaft vom 5. Januar 1988 heißt, und bezieht sich diese Mitteilung des Ministeriums auch auf eine Überprüfung, ob beim Verkauf der Konstruktionsunterlagen an Südafrika Informationen über U-Boote weitergegeben worden sind, die auf Grund eines Geheimschutzabkommens zwischen der Bundesregierung und der Regierung Indiens nach den deutschen VS-Vorschriften als geheim klassifiziert worden sind und durch das deutsche Strafrecht entsprechend geschützt werden?

15. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Trifft es zu, daß die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kiel im Oktober 1987 in diesem Zusammenhang „nach Bekanntwerden neuer Umstände", wie es in ihrer Presseerklärung vom 5. Januar 1988 heißt, mit einer Reihe von Fragen an das Bundesministerium der Verteidigung herangetreten ist, die noch nicht beantwortet worden sind, und ist die Bundesregierung bereit, die in § 353 b Abs. 4 StGB zur Strafverfolgung erforderliche Ermächtigung zu erteilen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

16. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Trifft es zu, daß die zunehmenden Verspätungen im Luftverkehr den Reiseveranstaltern erhebliche Kosten verursachen, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um sicherzustellen, daß die Start- und Landezeiten auch an Ferienfluggesellschaften so vergeben werden, daß sie ihre vertraglichen Pflichten erfüllen können?

17. Abgeordneter
Müller (Pleisweiler)
(SPD)

Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß über dem Naturpark Wattenmeer (mit Recht) für militärische Übungsflüge eine Mindestflughöhe von 1 000 Meter gilt, während der Naturpark Pfälzer Wald und die daran angrenzenden Gebiete der Süd- und Vorderpfalz weiterhin dem militärischen Tiefflug unter 1 000 Meter ausgesetzt sind?

18. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in letzter Zeit – vor allem im Jahr 1987 – im Intercity-Verkehr der Deutschen Bundesbahn (DB) die Unpünktlichkeit der Züge die Regel und die Pünktlichkeit die Ausnahme waren, und in welcher Weise gedenkt sie auf den Vorstand der DB einzuwirken, damit dieser – vor allem die Geschäftsreisenden sehr verärgernde Zustand – umgehend abgeschafft wird?

19. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß diese Unzulänglichkeiten in engem Zusammenhang mit der Überbelastung des Zugpersonals – das noch nicht einmal in der Lage ist, angeordnete Überstunden durch Freizeit auszugleichen – steht, und kann sie bestätigen, daß bis Mitte des Jahres 1987 wegen des Dienstanfalls 220 000 Resturlaubstage der Bediensteten nicht genommen werden konnten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

20. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus der Battelle-Studie Nr. SR 58 von 1978 über „Schwachstellen der Risikoeinschätzung beim Transport radioaktiver Materialien" gezogen, die im Auftrag des Bundesministers des Innern erstellt wurde, und aus welchen Gründen wurde diese Studie nie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

21. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach einer Mitteilung des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) vom Sommer 1985 das KfK in einer Versuchsanlage in der stillgelegten Wiederaufarbeitungsanlage „Eurochimic" in Mol (Belgien) aus vier Kubikmetern brennbarer Betriebsabfälle schwach- und mittelradioaktiven Materials sechs Kilogramm Plutonium gewonnen hat, und wie gedenkt die Bundesregierung, die Gewinnung von Plutonium über dieses sogenannte Naßaschverfahren zu kontrollieren?

22. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Welche Grenzwerte für Radioaktivität gelten zur Zeit für Nahrungsmittel, für Wildfleisch etc., welches in der Bundesrepublik Deutschland produziert und vermarktet wird?

23. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Gilt die Regelung der EG über radioaktive Grenzwerte vom Dezember 1987 nur für Produkte aus Drittländern, und hat die Verordnung vom Oktober 1987 nach Strahlenschutzvorsorgegesetz über Höchstwerte von Radioaktivität in Lebensmitteln heute Gültigkeit, oder ist sie mit der Einigung der EG vom Dezember 1987 außer Kraft getreten?

24. Abgeordneter **Dr. Lippelt (Hannover)** (DIE GRÜNEN)

Wer ist, nachdem der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Firma Transnuklear die Transportgenehmigung entzogen hat, mit dem für die Nacht vom 12. auf 13. Januar 1988 anstehenden Transport von abgebrannten Brennelementen von Kahl nach Lübeck – zur Verschiffung nach Oskarshamn – beauftragt worden, oder wurde der Transport jetzt abgesagt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

25. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Welche Aufgaben soll die von der Bundesregierung vorgesehene Nationale Agentur im Rahmen der Weltraumaktivitäten erfüllen, und welche Organisationsform ist für diese Agentur vorgesehen?

26. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Nach welchen Kriterien wird der Standort ausgewählt, und wann fällt die Entscheidung darüber?

27. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Treffen Meldungen zu, wonach der Bundesminister für Forschung und Technologie in Verbindung mit der Deutschen Bundesbahn eine transrapid Magnetschwebebahn zwischen Essen und Mannheim bauen will?

28. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Liegen dem Bundesminister für Forschung und Technologie Erkenntnisse darüber vor, wann das Planfeststellungsverfahren hierfür eingeleitet werden kann und welcher Zeitraum bis zum abschließenden Baurecht vorgesehen ist?

Bonn, den 8. Januar 1988

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333